

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

286 (19.10.1920) Erstes und Zweites Blatt

Wochenpreis
in Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 5.50 M.
an den Abonnenten ab-
geholt monatlich 5.10 M.
Inwärts durch unsere
Agenturen bezogen 5.50 M.
monatlich, am Postalter
abgeholt monatlich 5.20 M.
vierteljährlich 15.90 M., durch
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
5.65 M., vierteljährlich 16.95 M.
**Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle**
Mitterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Wagen:
die 9. Sept. Monats-
oder deren Stamm
1.40 M. Monatspreis
Wochensatz 5.—
erster Heft 5.—
Wochensatz nach 24
Anzeigen-Anna-
bis 12 Uhr mitt-
kleinere Anzeigen (pa-
bis 4 Uhr nachmitt-
Brennereianstalt
Geschäftsstelle Nr. 207.
Verlag Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 207.
Schriftleiter Nr. 207.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Chefredakteur: Hermann v. Paer. Verantwortlich für Politik: Martin Dolsinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Kunstteil: Karl Roho und Hermann Weid; für Interieur: Heinrich Sartorius. Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Seifert, Friedenau, Freystraße 65/66. Telefonamt 116land 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksaßen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 286. **Dienstag, den 19. Oktober 1920** Erstes Blatt

Reichskohlenrat und Sozialisierung

Von Carbonicus.
Die Sitzung des Reichskohlenrats am vergangen Donnerstag hat zum erstenmal eine Behandlung des Sozialisierungsproblems gebracht, die von wirklichem Sachverständnis getragen, der großen Bedeutung des Gegenstands für unser Wirtschaftsleben angemessen war. Der Tagung lag der Bericht der Sozialisierungskommission zu Grunde, dessen wesentlicher Inhalt noch einmal kurz zusammengefaßt sei. Die Sozialisierungskommission hat zwei Vorschläge unterbreitet, von denen jeder ungefähr gleich viel Stimmen erhalten hat: den Vorschlag 1 (Kederer) und den Vorschlag 2 (Nathenau). Der Vorschlag 1 bringt die sofortige Vollsozialisierung des gesamten Kohlenbergbaus; er soll reiflos gegen entsprechende Entschädigung zugunsten einer „deutschen Kohlenge-meinschaft“ enteignet werden. Die Tätigkeit dieser Gemeinschaft soll Abbau, Weiterverarbeitung und Vertrieb der Kohle (also einschließlich der Nebenprodukte) umfassen. Ihre oberste Leitung hat der Reichskohlenrat, der aus Vertretern der Betriebsleitungen, der Angestellten und Arbeiter, der Verbraucher und der Allgemeinheit zusammengefaßt ist. An der Spitze des Reichskohlenrats steht ein von ihm bestelltes Direktorium, das nach den Wünschen der Kommission die freie Beweglichkeit des Privatbesitzes haben soll. Die Kohlenpreise bestimmen endgültig das Reich; dieses erhält aus der Ueberwälzung aus der Kohlenwirtschaft. Die Führung der Geschäfte soll frei von staatsmäßigen Rücksichten allein nach kaufmännischen Grundsätzen erfolgen.
Auch der Vorschlag 2 (Nathenau) will mit der Vollsozialisierung enden. Er verschiebt sie aber auf 30 Jahre, während welcher Zeit der Privatunternehmer erhalten bleibt und ein Fonds ange-sammelt wird, der zur seinerzeitigen Abfindung der Unternehmer dienen soll. Die Oberleitung der Produktion und des Vertriebs der Kohle geht gleichfalls auf Reichskohlenrat und Reichskohlen-direktorium über. Der Reichskohlenrat über-nimmt die Funktionen eines Zentralinstituts, an das die gesamte Erzeugung jedes einzelnen Werks zu Selbstkosten abzuliefern ist. Der nach der jetzigen Gesetzgebung gebildete Reichskohlen-verband verhandelt; die Bezirksinstitute blei-ben als Vertretungen des Reichskohlenrats be- stehen. Das einzelne Werk erhält außer den Di-lanzmäßig zu erziehenden Selbstkosten eine Ver-zinsung des verantwortlichen Kapitals, bei der die bisherigen Erträge berücksichtigt werden sol-len und Prämien für Mehrerzeugung und Er-zeugungserhöhtung. Neben diese Prämien sind auch für die Angestellten und Arbeiter in Aus-sicht genommen. Der Kohlenverkaufspreis hat neben den Selbstkosten, Zinsen und Prämien, auch die Beiträge der Abschreibung und Tilgung zu decken; im übrigen bestimmt er sich nach all-gemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen. Neu-anlagen von Schächten werden entweder vom Reichskohlenrat auf seine Kosten angeordnet oder genehmigt; jedoch ist der Unternehmer befugt, neue Anlagen auch auf eigenes Risiko zu machen, die ihm im Falle des Scheiterns besondere Prä-mien einbringen. Die Erschließung neuer Koh-lenfelder durch Private ist verboten.
Beiden Vorschlägen, und überhaupt dem gesam-ten Standpunkt der Sozialisierungskommission ist das gemeinsam, daß sie von wirtschaftlicher Be-trachtungsweise als Ausgangspunkt völlig ab-sehen und sich lediglich von politisch-psychologischen Momenten leiten lassen. Auch jene Mitglieder der Kommission, die nicht Sozialisten sind; halten, teils aus politischen Gründen, teils wegen der nach ihrer Ansicht unabänderlichen Mentalität der Arbeiterklasse die schließliche Ueberführung des Eigentums an den Produktionsmitteln des Koh-lenbergbaus auf die Allgemeinheit für uner-wünscht.
Einig war die Sozialisierungskommission wel-ter in der Ablehnung des Staatsbetriebes, ein-mal wegen der schlechten, praktischen Erfahrung, die man mit ihm gemacht hat, zum anderen, weil man grundsätzlich einen wirtschaftlichen Staats-betrieb nicht für möglich hält; die Sozialisierungs-kommission wollte vielmehr übereinstimmend, daß der Leitung der Kohlenwirtschaft in allen Instan-zen größtmögliche Freiheit, eine der des Unter-nehmers in der Privatwirtschaft gleiche Bewe-glichkeit in allen Entscheidungssphären erhalten bleiben müsse. Daß dieses Ziel bei den Vorschlägen 1 und 2 erreicht sei, kann nicht zugegeben werden; ob eine Ausgestaltung der Vorschläge denkbar ist, bei der der treibende Faktor der Unternehmer-initiative erhalten bleibt, erscheint zweifelhaft und ist wohl die wichtigste der Aufgaben, die auf dem Gebiete der Kohle die nächsten Monate beschäf-tigen werden.
Bei der Beratung im Reichskohlenrat war nun zunächst bemerkenswert, daß sich für den Vorschlag Nathenau ernstlich nicht eine Stimme erhoben hat, während eine ganze Reihe von Rednern aus allen Lagern ihn ausdrücklich ablehnte; sein Scheitern dürfte mit diesem Votum der Sachver-ständigen besiegelt sein. Bemerkenswert war ferner, daß die Arbeiterführer aller Lager (mit Ausnahme vielleicht des Vertreters der technischen Beamten im Bergbau) so nachdrücklich die Unent-behrlichkeit freier Initiative der Leitung aner-kannt und so nachdrücklich jede Lösung, die eine Bürokratisierung mit sich brächte, abgelehnt haben,

Der Wirtschaftskrieg in England.

**V. von unserer Berliner Redaktion wird uns
abgedruckt:**
Weniger wichtig als die Folgen der sozialistischen Spaltung in Dänke, wenn diese auch für uns be-trächtliche innerpolitische Folgen haben muß, ist der Verlauf des eben beginnenden Wirtschaftskriegs in England in weltökonomischer Beziehung, denn der englische Arbeiter in seiner Gesamtheit bedeutet eine ganz andere weltwirtschaftliche Macht als eine der russische Proletariat, der die Ketten des Kapitalismus zerprengt hat, um sich die inneren Weiten einer phantastisch-verbrecherischen Kom-munismusideologie anlegen zu lassen.
Andererseits ist aber auch das englische Bür-ger- und Unternehmertum an Talents, Fähigkeit und materieller Hilfsmittelfülle das gerade Ge-genstück der kleinen, schlaffen, unorganisierten rus-sischen Bourgeoisie, die heute fast als vernichtet gelten kann. Deshalb wird der Ausgang des eng-lischen Wirtschaftskrieges über England hinaus entscheidend sein. Es sei nur u. a. daran erin-nernd, daß die englischen Arbeiter nicht nur die Sozialisierung der Kohlenbergwerke verlangen, sondern, wie z. B. die Transportarbeiter, einen Minimallohn von 4 Pfund 7 Schilling. Man übersehe diese Summe in mitteleuropäische Ba-lutaverhältnisse, um die ganz seltsamen Kontrastverhältnisse für den industriellen Weltbeneder der Zukunft zu erhalten. Selbstverständlich wird durch diese Entwicklung aber auch die Notwendig-keit in England beeinflusst werden. Für, es ist ein Anzeichen von Problemen, die in dem eng-lischen Bergarbeiterkreis eingeschlossen sind. Was aber erscheint uns sicher: die englischen Draht-ziehler des Weltkrieges erleben durch diesen sozialen Nachkrieg in eigenen Lande eine gewalt-same Enttäuschung. Die von ihnen allzu ein-seitigen bis zum August 1914 und dann nach Versailles betriebene Politik wird sich über kurz oder lang bitter rächen.
Nebenbei gesagt, kann es in London doch ge-rade heute auch nicht sehr angenehm berühren, wenn eine der letzten Nummern des Pariser „Matin“ an der Spitze des Blattes die große Ueberchrift trägt: „Beginn eines Unabhängig-keitskampfes in Indien“.

Bemühungen des Arbeiterführers Thomas.

(Eigener Drahtbericht.)
w. Hortham (Sussex), 18. Okt. Der Führer der englischen Kohlenarbeiter Thomas hat einen Appell an die Eisenbahnarbeiter gerichtet, in dem er sie in Anbetracht des Bergarbeiter-streikes ermahnt, den Anordnungen der Führer-folge zu leisten. Thomas wird wahrscheinlich den großen Einfluss, den er bei den Eisenbahnern besitzt, benutzen, um zu verhindern, daß der Streik auf sie übergreift. Auch Clynnes bemüht sich darum, eine Einigkeit herbeizuführen.

Eine Interpellation im Parlament.

(Eigener Drahtbericht.)
e. London, 18. Okt. Wie verlautet, wird morgen beim Wiederzusammentritt des britischen Parlaments die irische Frage, die sich auf der Tagesordnung der ersten Sitzung befand, einer Aussprache über den Zustand der Kohlenberg-arbeiter Platz machen. Ein Vertreter der Labour Party wird eine Interpellation an die Regierung richten, die sofort auf die Diskussion eingehen wird. Der Wortlaut dieser Interpel-lation ist in einer Sitzung des parlamentarischen Gewerkschaftsausschusses und der Labour Party, die am Sonntag im Unterhause stattfand, gebil-digt worden. Man rechnet, daß die morgige Aus-sprache in der Kammer eine Annäherung zwi-schen den Parteien herbeiführen und daß der Konflikt noch vor Ende dieser Woche beigelegt sein wird, wenn das Parlament den nötigen guten Willen an den Tag legt.

Sechs Wochen.

(Eigener Drahtbericht.)
m. London, 18. Okt. Wie gemeldet wird, glau-ben die Bergarbeiter im Stande zu sein, den Streik 6 Wochen durchzuführen zu können.

Die „Dissonanz“ zwischen Frankreich und England.

(Eigener Drahtbericht.)
e. Paris, 19. Okt. Die Antwort der britischen Regierung auf die Note der französischen Regie-rung ist im Ministerium des Auswärtigen eingetro-

fen und stellt nichts weiter als ein Verlangen

nach näherem Aufschluß über die letzten fran-zösischen Vorschläge dar. Es scheint daher nicht, als ob sich die zwischen Paris und London herr-schende Uneinigkeit zu verhärfen drohe. In ge-wissen Kreisen von Paris verläutet, daß der Standpunkt des Duai d'Orsay nicht derselbe sei, wie jener des Glayse, Millerand, der Lloyd George die Konzeptionen, die er ihm in Spa-nien machte, nicht vergessen kann, nähere sich der von Poincaré in den Blättern veröffentlichten Auffassung. Noch ist es nicht eine Spaltung, aber wie berichtet wird, doch schon eine Dissonanz. Eines ist gewiss, daß der Duai d'Orsay nicht auf-führt, den Zeitungen große Vorwürfe in ihrer Wür-digung der britischen Regierung zu empfehlen. So nennen zum Beispiel die regierungsergebenen Blätter einfach eine „Unterhaltung“, was die anderen, ohne sich zu genieren, mit „Noten“ be-zeichnen.

Zur Stärkung des englischen Marinebudgets....

(Eigener Drahtbericht.)
London, 18. Okt. Die Admiralität gibt bekannt, die Gewinne aus dem Verkauf des britischen Anteils an den ausgelieferten vormals feindli-chen Schiffen und dem ausgelieferten Schiffsmaterial werden zur Stärkung des Ma-rinebudgets verwendet.

Die anarchistische Bewegung in Italien.

(Eigener Drahtbericht.)
e. Mailand, 18. Okt. Nach der „Perseveranza“ lassen die in den letzten Tagen vorgenommenen Untersuchungen der Polizeibehörden Vorberei-tungen für eine anarchistische Bewegung großen Stills erkennen. Die letzten Ereignisse seien nur ein Symptom von geringer Bedeutung gegen-über dem Hauptzweck der Bewegung. Anlässlich einer Hausdurchsuchung bei dem anarchistischen Blatt „Vita nuova“ wurden am Freitag alle Re-dakteure des Blattes mit Ausnahme des Di-rektors Malatesta verhaftet, der gegenwärtig abwesend ist; auch in seiner Wohnung wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Im Verlaufe des Freitagstages sind noch einige andere Ana-rchisten in Haft genommen worden.
Wie der „Secolo“ schreibt, erregen die großen Agarrunruhen, die gegenwärtig im Süden des Landes vor sich gehen, ebenso sehr die Be-sorgnis der Regierung wie die revolutionären Konflikte in der Metallindustrie.

Verbot öffentlicher Versammlungen.

(Eigener Drahtbericht.)
e. Rom, 18. Okt. Infolge der jüngsten Zu-sammenstöße gegen die Regierung laut „Message-ro“ künftig alle öffentlichen Volksver-sammlungen und Umzüge zu verbieten.

Die Abfrage.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 18. Okt. Havas berichtet, daß eine Zu-sammenkunft zwischen den Vertretern der süd-italienischen Regierung und dem Grafen Sforza wegen Regelung der Abfrage im Laufe des Monats stattfinden wird.

Die Wahlen in Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht.)
Wien, 18. Okt. Bei den Wahlen, die ohne neu-nenswerte Zwischenfälle verlaufen sind, wur-den bisher gewählt 51 Sozialdemokraten, 62 Christlich-Soziale, 9 Großdeutsche, 1 Vertreter der Bauernpartei, 1 Vertreter der bürgerlichen Arbeiterpartei. Aus dem niederösterreichischen Wahlkreis Kromau, dem österreichischen Wahlkreis Laoben und aus dem beiden Tiroler Wahlkreisen stehen die Ergebnisse noch aus. Die Christlich-Sozialen gewannen bisher 11 Man-date, 6 von den Sozialdemokraten, 3 von den Großdeutschen, 1 von den Tschecho-Slowaken und 1 von den Jüdisch-Nationalisten. Ueber-dies haben die Großdeutschen 1 Mandat an die von ihnen abgetretene neue Bauernpartei ab-getreten.
Unter den Gewählten befinden sich der Prä-sident Seitz, die Staatssekretäre Deutsch, Ellenbogen und Peini, die Unterstaats-sekretäre Gössal und Resch und der Landes-hauptmann Sever.

Wien, 18. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Nach neuen Feststellungen beläuft sich die Zahl der ge-wählten Abgeordneten auf 51 Sozialdemokraten, 62 Christlich-Soziale und 12 Großdeutsche.

richtung, die noch nicht sehr viel länger als ein

halbes Jahr arbeite, lasse ein abschließendes Ur-teil noch nicht zu. Er selbst habe die Ueberzeu-gung, daß in der jetzt bestehenden Organisation so viele Möglichkeiten liegen, daß ihr weiterer Ausbau wohl der geeignetste Weg für die Lösung der zu erledigenden Fragen sei.
Die Unternehmervertreter im Reichskohlenrat lehnten, wie ja wohl auch nicht anders zu erwar-ten war, die Vorschläge 1 und 2 gleichmäßig ab; sie ließen durchblicken, daß ihnen eine Beteiligung der Arbeiterschaft am Besitz der Unternehmungen (etwa in Form der Aktien) willkommen wäre und stellten im übrigen sehr lebhaft ihre Mitwir-kung bei der weiteren Arbeit zur Verfügung, im Sinne einer Weiterentwicklung des bestehenden Zustandes nach den gemachten Erfahrungen und aufgetretenen Bedürfnissen. Es war erkennbar zu sehen, in welchem Geiste die Arbeiterführer das Angebot der Mitarbeit der Unternehmerricht abgelehnten; es hat sich hier wieder einmal be-währt, daß man zur Lösung schwieriger sachlicher Fragen leidenschaftslos Sachverständige aus den verschiedensten Lagern zusammengebracht hat, und das Bedauern war allgemein, daß nicht schon vor langer eine solche Zusammenarbeit möglich war.

Die Beratungen des Reichskohlenrats endigten mit der Wahl einer 13gliedrigen Kommission aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Verbrauchern, die zusammen mit einer Kommission des Reichs-wirtschaftsrats die weitere Förderung des Pro-blems in möglicher Gründlichkeit und Beschlen-digung in die Wege leiten soll. Was im einzelnen dabei herauskommen wird, ist heute kaum zu übersehen, da trotz aller Debatten ein klares Bild dessen, was die Arbeitervertreter unter einer ihnen genügenden Form der Sozialisierung ver-standen, nicht zu erlangen und da bis jetzt noch nicht zu erkennen war, wie der Standpunkt radikaler Kreise, die eine völlige Beteiligung des Unter-nehmers anstreben, mit dem Standpunkt der Un-ternehmer, mit den Notwendigkeiten technischer Weiterentwicklung und mit dem Standpunkt der Mehrzahl der Arbeiterschaft vereinigt werden kann, der die Aufrechterhaltung der freien In-itiativ geradezu zur Voraussetzung aller weiteren Schritte macht. Wenn man eine Prognose wagen will, so könnte man sich denken, daß unter Be-teiligung der Vorschläge 1 und 2 ein Ausbau des jetzigen Zustands in der Richtung auf Ver-stärkung der gemeinschaftlichen Einflüsse-nahme, eine Beteiligung, sei es des Reichs, sei es der Arbeiterschaft, sei es beider Teile am Eigen-tum der Bergwerke und organisatorische oder tat-sächliche Weiterführung der Gedanken des Be-triebsträgetages erfolgen könnte. Hoffentlich trifft nicht zu, was sich sonst gut unterrichtete Leute erzählen, daß der Weg der Vereinbarung zwischen den beiden Teilen durch Entwürfe wirt-schaftsfremder Ministerialinstanzen unterbrochen zu werden im Begriffe stehe.

Vom Standpunkt der demokratischen Partei wäre eine Lösung wie die vorstehend als mög-lich bezeichnete außerordentlich erwünscht, wäre jede Lösung erwünscht, die die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Kohlenbergbau auf einer von beiden Seiten als erträglich empfundenen Basis zusammenführt und uns damit Nähe im Berg-bau und die für unser Leben unentbehrliche Stei-gerung der Kohlenförderung sichert. Grundsätz-lich wird die demokratische Partei von einer sol-chen Lösung verlangen müssen, daß sie die Gleich-berechtigung der Arbeiterschaft im Arbeitsver-hältnis gewährleistet, daß sie dem Recht der All-gemeinheit auf eine wirksame Kontrolle der Ver-teilung und der Preisgestaltung voll Rechnung trägt, daß sie aber im Betrieb die freie Initia-tive des Unternehmers bestehen läßt, die sich, auf lange Frist gesehen, noch immer als die beste Ver-waltung in der gemeinschaftlichen Be-lange darstellt.

Der Fall Hermes.

ar. Berlin, 17. Okt.
Es ist zwar kein Panama der deutschen Repu-blik, aber immerhin eine unangenehme Ge-schichte, nämlich das Verfahren, das zunächst einmal wahrscheinlich vom Reichstag gegen den Reichs-ernährungsminister Dr. Hermes eingeleitet wird. Aus dem Gemütel, aus den verdeckten Angriffen schallt sich allmählich eine ganze Reihe offener Beschuldigungen heraus. Offenbar in Verbindung mit den Enthüllungen des preussischen Minister-präsidenten und Landwirtschaftsministers Otto Braun auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kassel erhebt der „Vorwärts“ gegen Dr. Hermes, der bekanntlich der Zentrumspartei angehört, die Anklage, er habe dem im Reichsernährungsamt beschäftigten Geheimrat Voie, durch dessen un-be-greiflichen Widerstand die Lieferung der ameri-kanischen Milchfette so lange hintertrieben wor-den sei, zum Ministerialdirektor befördert. Also eine ähnliche Beförderung des Faktors und Bestra-fung der Jugend wie im Falle des Ministerial-rats Augustin. Gegen den Geh. Regierungsrat Dr. Erich Augustin schwebt eine Untersuchung wegen Bestechlichkeit. Man weiß zwar öffent-lich noch nicht, wie, wann, wo und was, aber man wirft dem Vorgesetzten dieses Mannes, dem Mi-nister Dr. Hermes vor, daß er viel zu lange seine Hand über dem beschuldigten Beamten gehalten. Ende Mai wurde Dr. Augustin plötzlich beurlaubt. Am 30. September erst schied er endgültig als

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Abteilung V aus dem Reichs-...
Abteilung V aus dem Reichs-

Abteilung V aus dem Reichs-...
Abteilung V aus dem Reichs-

Abteilung V aus dem Reichs-...
Abteilung V aus dem Reichs-

Deutsches Reich.

Reichsverband der Deutschen Presse.
Der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen

Reichsverband der Deutschen Presse.
Der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen

Badisches Landestheater.

„Der Freischütz“.

Es wird nicht leicht sein, für Edith Post-Sajth,
die uns mit Ablauf dieser Spielzeit verläßt, voll-

Bestungsgeländers von Köln. Weiter führte der Bürger-
meister die Hohenbaupläne der Stadt Köln vor.

In der gestrigen Sitzung wurde Gesandter Nip-
per zum 1. Vorsitzenden, Dr. Cajetan Freund und von

Reichsarbeitsvertrag in der Steinindustrie.
Som Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Die

Die Reichsversicherungsaufsicht.
Unter Drexlers C-Korrespondent drückt uns: Nach

Die Reichsvertretung in Bayern.
Am Staatsratsauschuss des bayerischen Land-

Nach dem Verfall der Reichsstaatsauschüsse sind im
Reichshaushalt die Mittel für die Beschaffung einer

Nachfrage zum Stutzgüter Generalstreik.
Der württembergische Landtag wird sich heute mit dem

Staatliche Prüfungen von Sozialbeamten.
Das Arbeitsministerium wird, wie die Presseabteilung

Verhältnisse kamen aus Ruder, die offen auszu-
sagen, daß es ihnen nur darauf ankomme, den wirtschaf-

Partie, etwa als Pamina, Sieglinde oder (da wir
innerhalb weniger Wochen ohnehin schon vier

60 Pros. der Arbeitszeit in seiner Abteilung auf die
Verfertigung von „Muschelarbeit“ verwendet wurde.

Die Folgen der Spaltung.
Wie dem „Vorwärts“ aus Halle gedruckt wird, haben

Aus den Parteien.
Demokratische Jugend.
Am Donnerstag hatte im Saale des Kasse Dehler

Badische Politik.
Die Wählberechtigung der Deutsch-Oesterreicher
bei den Gemeindevahlen.

Die Wählberechtigung der Deutsch-Oesterreicher
bei den Gemeindevahlen.

Staatliche Prüfungen von Sozialbeamten.
Das Arbeitsministerium wird, wie die Presseabteilung

Staatliche Prüfungen von Sozialbeamten.
Das Arbeitsministerium wird, wie die Presseabteilung

Staatliche Prüfungen von Sozialbeamten.
Das Arbeitsministerium wird, wie die Presseabteilung

Staatliche Prüfungen von Sozialbeamten.
Das Arbeitsministerium wird, wie die Presseabteilung

Staatliche Prüfungen von Sozialbeamten.
Das Arbeitsministerium wird, wie die Presseabteilung

Theater und Musik.
Der preuss. Kultusminister über die früheren

Theater und Musik.
Der preuss. Kultusminister über die früheren

Theater und Musik.
Der preuss. Kultusminister über die früheren

Theater und Musik.
Der preuss. Kultusminister über die früheren

Einmal sein, an die sich die Anstalten, Behörden und
Vereine sichtlich zu ihrem eigenen Nutzen haben werden,

Die Eisenbahner und die Leuerung.
Eine in Heidelberg abgehaltene Versammlung der

Die Eisenbahner und die Leuerung.
Eine in Heidelberg abgehaltene Versammlung der

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

100 Jahre Landtagsgebäude.
Ein Rückblick auf den Beginn des parlamentarischen

werks bezwecken, aber auch eine Steigerung des Aufwands um rund 44 000 M nur Folge hätten, was den Unwillen der Baukommission erregte.

An der alten Fassade blieb das Gebäude, abgesehen von einzelnen Verbesserungen, bis zum Jahr 1901, in welchem die Verklärung der Mittelfassade beider Kammern neben einer Erweiterung auch die Durchführung von Verbesserungen dringend forderte.

Aus Baden.

Florheim, 18. Okt. Abermals ist hier ein ziemlich umfangreicher Fabrikbrand zu beklagen, die Fabrik verlor Silber- wie Eisenbelegteile.

Mannheim, 18. Okt. Nach Angabe eines Augenzeugen haben sich Samstag nacht ein ungefähr 25jähriger Mann und ein etwa 15jähriges Mädchen zusammengebunden die Rheinbrücke hinabgeworfen.

Heidelberg, 18. Okt. Bei Schlierbach ließ sich eine ungefähr 25jährige Frau von einem Knecht überfallen und wurde auf der Stelle getötet.

Ausloß bei Heidelberg, 17. Okt. Die hiesige Gemeinde hat beschlossen, auf die Inanspruchnahme des Wohnungszulassungsamt eine Art Steuer zu legen.

Zandberghörsheim, 18. Okt. Durch Vermittlung der Zentrale der Landwirtschaft, Lagerhäuser des badischen Frankenlandes sind in 350 Eisenbahnwagen etwa 100 000 Zentner Kartoffeln abgehandelt worden.

Wahl, 18. Okt. Den Gesamterlös für Obst, Wein und Schnaps schätzt man im Bühler Bezirk auf 70 Mill. M.

Lehr, 18. Okt. Während der Fahrt sprang der in Brangheim wohnende verheiratete Kartonnagenarbeiter Karl Vetter von dem Anhänger eines Lastautos ab.

Gengenbach, 18. Okt. Um den Bürgermeistern erpösten bewirbt sich kein Einzelwähler, dagegen haben 15 Auswärtige ihre Bewerbungen eingereicht.

Freiburg, 18. Okt. Am Donnerstag verunglückte auf dem städtischen Nieselgut Mündelhof die dort beschäftigte Frau Maria Einhorn von Regenbach.

Hilzingen bei Engen, 18. Okt. Nach etwa 100jährigem Bestehen soll nunmehr das Mart-

gräfliche Rentamt Hilzingen aufgehoben werden. Infolge des Ueberganges eines beträchtlichen Teiles der Güter des Prinzen Max haben sich die Geschäfte des Amtes bedeutend verringert, so daß es entbehrlich ist.

Körbach, 18. Okt. Ein Landwirt in Hilzingen hat es fertig gebracht, trotz der Kartoffelnnot im eigenen Lande zur Nachtzeit einen Wagen mit 30 Zentner Kartoffeln über die Grenze nach dem schweizerischen Dorfe Riehen zu verbringen.

Menzenschwand bei St. Blasien, 18. Okt. Zum Bürgermeister unserer Gemeinde wurde Stadthalter Ludwig Rogg gewählt.

Aus dem Stadtkreise.

Die Wasserkräfte Badens und die Richtlinien für ihre Ausnutzung.

Aus einem Vortrag von Dr.-Ing. Adolf Dudin über diesen Gegenstand sei mitgeteilt: Die verfügbaren und ausbaufähigen Großwasserkräfte liegen im Oberrhein, Neckar und in den Binnenseiten des Schwarzwaldes.

Die Richtlinien der Verwertung sind im großen und für die weitere Zukunft vorgezeichnet durch Zusammenfassung entfernter Gebiete auf 100 000 Volt-Leistungen, wobei dem Ausbaue nicht nur mit den nordbadischen und mittelhessischen Wasserkraftzentralen, sondern auch mit Bayern und der Schweiz das Wort geredet wird.

Neben der Fortleitung ist im größtem Umfang Industrieanbindung in dem hervorragend günstigen Oberrhein und Neckartal, die beide zugleich der Großschiffahrt erschlossen werden, zu pflegen, um den Hauptteil der erzeugten Kräfte im Lande auszunutzen.

Da die geschicktere Entfaltung der Großwasserkräfte viele Jahre braucht, soll nebenher angefaßt zum Schnellausbau der sehr günstigen Kleinwasserkräfte des südbadischen Schwarzwaldes geschritten werden, die z. T. auch speicherfähig und billiger als Großwasserkräfte wie das Murgwerk auszubauen sind.

Der Staat soll diese Aufgabe gemeinnützigen öffentlichen Organisationen übertragen und nur überwachend und fördernd militärisch sein. Das Baukapital ist für diesen Zweck sofort zu haben, die Wirtschaftlichkeit auch bei späterer Senkung der Kohlenpreise gesichert.

Neue fesselnde Bilder sind in unserem Schaufenster ausgestellt. Sie behandeln u. a.: Parade der Westpoint-Scots in America. Die Scheiberbörse in Nevada. Zum Besten der Volkspende für die vertriebenen Auslandsdeutschen in Neu-Badeisberg. Von der großen landwirts-

chaftlichen Ausstellung in Gleiwitz. Von den hochwichtigen Anlässen in der Stadt Mexiko. Humaner Strafvollzug in Amerika. Vom 20. Deutschen Schachkongress in Berlin. Herbstturnen in Grünau. Kriegerdenkmal für die Opfer des Weltkrieges in Zirl (Tirol). Championat der Stredenläufer über 25 Kilometer in Berlin. Ein neues Faltboot. Horden-Wettspiel in Berlin.

Die Heizung in den Eisenbahnzügen. Die Heizzeit wird in diesem Jahre auf die Zeit vom 15. Oktober 1920 bis 31. März 1921 beschränkt. Die Züge werden erst geheizt, wenn die Außenwärme unter 8 Grad Celsius sinkt.

Wohltätigkeitspende. Herr Hermann Borcher, Besitzer des „Kaffee Odeon“, hat aus Anlaß seines 25jährigen Geschäftsjubiläums dem Oberbürgermeister die Summe von 1000 Mark zum Besten der hiesigen armen Kinder überwiesen.

Anfall. Am Sonntag nachmittag sprang ein Tagelöhner in betrunkenem Zustand beim Durchqueren der Straßenbahnwagen ab und blieb bewußtlos auf der Straße liegen.

Veranstaltungen. Von der Wasserbau-Ausstellung. Wir machen besonders aufmerksam auf den morgen abend 6 Uhr stattfindenden Vortrag von Prof. Dr. E. B. über „Wasser und chem. Arbeit“ im kleinen Konzertsaal.

Ganztrauenvermittlung. Heute abend 8 Uhr findet im Rathausaal ein vom Karlsruher Hausfrauenbund veranstalteter Vortrag von Frau Dr. M. A. K. unter dem Titel „Die Hausfrau als Volkswirtin“ statt.

Wettbewerbsfeier. Heute abend 7 1/2 Uhr findet der erste Samstagsabend der Karlsruher Wettbewerbsfeier im Eintrachtsaal statt.

Sondervorstellung für Kinder der Geschwister Staschko. Auf vielseitigen Wunsch findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, für Kinder eine Sondervorstellung statt.

Café-Restaurant „Lannhäuser“. Im Hause Karlstraße 21, gegenüber der Hauptpost, ist ein kleines Familien-Café in hübscher Ausstattung entstanden.

Standesbuch-Auszüge. Eheanträge. 16. Okt.: Fritz Steiner von hier, Musiker hier, mit Verita S. a. l. e von Neckarau; Arthur Schuster von Altheim, Sekretär hier, mit Cecilie J. m. a. v. von Frankfurt; Josef Schweich von Detschbach, Eisenb.-Hilfslokalhelfer hier, mit Anna K. a. l. e von Gorbheim.

Todesfälle. 16. Okt.: Franziska Stoll, alt 74 J., Witwe des Eisenbahners Anton Stoll. — 17. Okt.: E. Dittus, alt 20 Jahre, Ehefrau des Landwirts Wilhelm Dittus; Marie Herr, alt 39 Jahre, Witwe des Schuhmanns Gottfried Herr; Magdalena Rau, alt 77 Jahre, Witwe des Kaufm. Jos. Schumann; Theresia Rohwaa, alt 84 Jahre, Ehefrau des Metzgers Karl Rohwaa; Helene Seichter, lebte, ohne Beruf, alt 18 Jahre.

Verlobungszeit und Trauerhaus erwählener Verlobten. Dienstag, 19. Okt.: Josefine Siegel, Paderin, Waldhornstr. 40. — 18. Okt.: Franziska Stoll, Eisenbahners-Witwe, Kriegerstr. 66. — 3. Okt.: Sofie Schumann, Kaufm.-Witwe, Bähringerstr. 29.

Letzte Nachrichten.

Der „internationale“ Tuberkulosekongress. (Eigener Drahtbericht.) Paris, 18. Okt. Die internationale Tuberkulosekonferenz ist gestern hier unter dem Vorsitz des Ministers für Gesundheitswesen eröffnet worden.

Das Befinden des Königs von Griechenland. (Eigener Drahtbericht.) Athen, 18. Okt. Das ärztliche Gutachten vom 17. Oktober, abends, stellt im Befinden des Königs eine leichte Besserung fest.

Aufkauf der kubanischen Zuckerrübe durch amerikanische Finanzleute. Rotterdam, 18. Okt. (Reuter.) Nach einem Telegramm des kubanischen Gesandten in Washington an den Minister für Volkswohlfahrt wird mitgeteilt, daß amerikanische Finanzleute ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, die nächste kubanische Zuckerrübe zu kaufen.

Großfeuer. (Eigener Drahtbericht.) w. Baun, 18. Okt. Das Großfeuer wittert seit gestern nachmittag im benachbarten Kirchhau. Das Garnlager der Vereinigten Spinnereien und Webereien von August Weiz und C. W. Paul brennt.

Hamburg, 18. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Heute brach auf der Werft von Bloem & Boh auf den dort lagernden Holz- und Kohlenvorräten ein Großfeuer aus. Vier Züge der Hamburger Feuerwehrgesellschaft sind zu Hilfe gerufen worden.

e. Basel, 18. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Nach den „Basler Nachrichten“ werden demnächst neue Konferenzen stattfinden, um zur internationalen Regelung des Transitzollverkehrs zu gelangen.

e. Paris, 18. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Zum ersten Male in Frankreich haben sich die geistlichen Arbeitenden zu einem „Union der Kopparbeiter“ zusammengeschlossen, dem unter 20 000 Einzelpersonen 75 Geistliche und andere Gesellschaften angehören.



Von heilwährendem Einfluss bei Gicht, Rheumatismus, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen, Diabetes usw. Bei Diphtherie zur Abwendung von Folgeerscheinungen. Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbüro Berlin W 66, Wilhelmstr. 55.

Theresle die Wirtin von Heiligenbronn.

Roman von Hermann Stegemann.

Dem Johann Zelger brannte das rechte Ohr. Er rieb es mit der breiten rauhen Hand und fand rasch einen Fußspiegel, indem er die Spur hinter sich verwehte und entgegnete:

„Wigott, es ist etwas daran, Frau. Aber nicht am Bürgermeister fecht's, nur muß der Gemeinderat ihm fest und hart an den Rücken stehen, dann läßt er sich ein wenig von der Regierung. So ist's mir auch ein verdammt guter Schick, daß der Niklas Markwalder in den Gemeinderat zu sitzen kommt. Jetzt hat das Ding ein anderes Gesicht. Wenn sie jetzt nicht zieht, die Regierung, so tut sie's dem Badhotel zu leid. Und das wär mir ein sauberes Etüd.“

„Ihr habt einen breiten Rücken, ladet nicht heut schon auf meinen Mann ab, Bürgermeister.“ blühte Marie Theresle und hatte ihr listiges Gegenpiel vergessen, um frant vor den schätzbarsten Kumpan hinzutreten.

Das verräterische Ohr wurde blau, aber er sagte: „Das heißt ich geredet! Saferment, so reden brave Leut mit einander, Badwirtin! Bladen! Ja Wigott! Eine neue Ehre laden wir heut auf den Niklas Markwalder, und ich kenn Euren Wein am Glanzspiel in der Flasche. Ihr habt den ausgelegenen vom letzten Vollerbst aufgestellt. So wisset Ihr auch, was ich bring.“

Da dachte die Frau daran, daß es gelte, Niklas Aufregungen zu eriparen und daß sie die

Annahme der Wahl zum Brandmeister nur bilden konnte, weil seit Menschengedenken dieser Posten keine Aufregungen mit sich gebracht hatte, und sie antwortete freundlich:

„Ja, es ist vom Ehrenwein, und er trinkt sich gut zwischen Bürgermeister und Brandmeister.“

„Auf eins und alles, das will ich meinen“, witterte Johann Zelger und schlug mit der hiedernden Hand auf den Tisch, daß der goldklare Wein in der Karaffe goldene Blitze schloß.

Marie Theresle blieb bei den Männern, als Niklas erschienen war und die Annahme der Wahl erklärt hatte. Die Gläser fuhren kräftig gegeneinander, und der Zelger trank langsam, ein Maulvoll ums andere, den Schluck breit hin- und herrollend, wie ein rechter Weinbauer.

Als der Bürgermeister mit einem treuerzigen Händedruck gegangen war, sagte die Frau lächelnd zu dem hochblühenden Mann:

„Weißt du, warum er so daran getrieben hat, daß du Brandmeister wirst, nachdem du ohne sein Zutun in den Gemeinderat gekommen bist? Weil der Kommandant nicht zugleich Bürgermeister sein kann: Er hat dir einen Steden ins Rad gesteckt.“

„Daß ihn doch“, entgegnete Niklas und rechte die Brust, gerade wie Joseph Markwalder, und dann, Frau Kommandant! Klingt fast noch schöner als Frau Bürgermeister!“

Und er war so voll später Frühlingstriebe und gehobener Stimmung, der Wein schwall ihm härtend zum mühen Herzen und löste ein Begehren in den Adern, daß er kein Weiß plözlich umfachte und an sich zog und ihren zuckenden, heißen Mund suchte.

In einem Gefühl duldender Liebe ließ sie es geschehen, aber dann packte auch sie auf einmal ein schuschichtiges Verlangen, das aus der Tiefe

stieg, wo sie die Hoffnungen auf einen Sohn begraben hatte, und sie schloß die Augen, und ihre Lippen öffneten sich und wurden blutrot unter seinem Kuß. Am Ende doch noch! schrie es in ihr, und als ihr ein Gedanke an seine Krankheit kam, peitschte sie ihn fort, denn wenn Niklas Gefahr lief bei dieser Umarmung, so lief sie die größere: ein Kind zu empfangen, das schwach und kränklich geboren wurde. Aber ein Kind!

In diesem Jahre brach die Hochsaison mitten im Juli zusammen. Nur das Badhotel hielt Stand. Der Ort war aber wie ausgehorbeten. Ein flutstürmiger Regen ging nieder und häßliche Heiligenbronn fast vierzehn Tage lang in graue Nebelschwaden, die sich in den Wäldern stiegen und den Park umspannten. Da vermochte das alte Schweizerhäuslein, das als Kurhaus diente, nicht mehr als Zerstreuungsort und Zufluchtsstätte zu genügen, die die Kurkapelle siedelte trierend im leeren Saale. Die Thermen lagen öde, nur die Kranken, die an ihre vorgeschriebene Kur gebunden waren, ließen sich halten.

Das gab Baumgart Gelegenheit, seine Theresle von Heiligenbronn als Heilbad wieder zu entwickeln.

Marie Theresle aber antwortete mit dem Hinweis auf ihre treuen Gäste, denen sie den Aufenthalt in dem neuen Häusel so gemühtlich machte, daß wenige die Abreise ins Werk setzten.

Um so schöner entfaltete sich dann der September. Die Sonne schütete täglich ihre vollen Strahlen aus, frisch und üppig standen Park und Wälder, und weithin entrollt, glänzte die Ebene in bunten Farben.

Marie Theresle wartete auf Niklas. Er kam aus der Sitzung des Gemeinderats, und sie las

in seinen Zügen, in seiner Haltung, daß er Wichtiges zu berichten wünschte.

„Nun, wie ist es gegangen?“

„Angenommen! Die Gemeinde übernimmt fünfundsiebzig Prozent des Garantiekapitals der Bahn. Meine Stimme hat den Ausschlag gegeben. Jetzt kriegen wir das Bahnhlein. Der Amtmann hat mir persönlich dafür gedankt.“

„Er hat Grund, wir handeln gegen unser Interesse“, verzetzte Theresle und biß die Lippen.

„Das sagst du und du hast vielleicht recht. Aber das Gemeinwohl geht vor.“

In ihrem blauen Gesicht, in dem die Augen wieder tiefer lagen, gazing ein Lächeln. Wie anders klang's, als der Vater ihr das geantwortet hatte! Aber sie sah, daß Niklas grau und kurzatmig im Stuhl saß und ließ es dabei, und dann war sie die erste, die an die Krankehen Wiesen erinnerte, die in der Talmulde lagen und voraussichtlich von der Spur der Eisenbahn berührt oder gar durchschnitten wurden.

Im Oktober fand eine Begehung der Strecke statt. Niklas Markwalder war in die Kommission gewählt worden. In den Weinbergen hatte die Bege begonnen, aber fast pffir der Wind durch die Reben und spritzte harte Regentropfen, die unten im Tale wild einherfuhren, während Heiligenbronn im Schutze der Berge in einer silbernen Herbststimmung glänzte und die Wälder ihre bunten Farben anshingen.

(Fortsetzung folgt.)

25. Hauptversammlung der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen.

Die Billigen, 17. Okt. Der heutige zweite Tag der Verhandlungen brachte zunächst die Beratung weiterer Vertreter der Regierung, der Landesversicherungsanstalt usw. und zwar von Landesrat Geheimrat Bauer-Billingen, Geheimrat Prof. Beck, Prof. Medizinalrat Holzmann, der Landtagsabgeordneten, der Vertreter der anderen verschiedenen Organisationen, der Presse usw., worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde, nachdem verschiedene Vertreter der Behörden die Begrüßungsworte erteilt hatten.

Über den Stand der Kassenratfrage sprach sehr eingehend der Landesrat, worauf ein Blick auf das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten vor, während und nach dem Kriege und die lange Zeit bei der Schilderung der Dinge vor, während und nach dem Kriege zu sein. Er betonte, daß die Krankenkassen usw. nie und nimmer dazu da sein können, daß die Ärzte gut versorgt werden. Der Landesrat betonte die Vorsicht und die Notwendigkeit der Wahl, betonte, daß der Ruf nach höherer Vergütung niemals verstummen würde, wenn die Krankenkassen zu jeder Artforderung ja und Amen sagen, besprach weiter das Tarifabkommen, den Mantelvertrag, die Schritte beim Reichsarbeitsministerium, den Schiedsgericht, die Verhandlungen in Baden und so forth. Die Verhandlungen zusammen in dem Sinne, daß alles gemacht werden müsse, umangenehme ärztliche Forderungen entgegen zu treten. Es soll alles getan und versucht werden, mit den Ärzten gemeinsam zu arbeiten, aber wenn sich ein Kampf nicht vermeiden lasse, dann müsse einig vorgegangen werden. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der unter anderem bedauert wird, daß die Ärzte Baden ohne jeden Grund mit in den Streit eintrat und in der die Jahresversammlung beantragt, der Hauptverband möge beim Reichsarbeitsministerium die nötigen Schritte unternehmen, um die den Krankenkassen geschuldeten vorgeschriebenen Leistungen der Gewährung von ärztlicher Hilfe und Arznei auch in bar abzugeben. Nur dann können die Krankenkassen weiteren unberechtigten Forderungen mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten. Diese Entschließung bildete den Gegenstand weiterer Erörterungen, die dahin gingen, daß die Regierung und die Volksvertretungen die Interessen der Krankenkassen im Notfall besser schützen müssen als bisher. Den Mitgliedern der Krankenkassen müsse dabei zur Pflicht gemacht werden, daß sie nicht wegen jedem „Sachverhalt“ gleich ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. In der Aussprache wurde auch eine Sozialfiskalisierung des gesamten Heilwesens verlangt.

Geschäftsführer H. Lehmann vom Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen sprach über die kommende Revision der Reichsversicherungsordnung. Er erwähnte alle Schritte, die der Hauptverband für oder gegen die einzelnen Bestimmungen zu unternehmen sich genötigt sah, forderte die Befreiung der Krankenkassen von den Lasten der Unfallversicherung und brachte folgende Entschließung ein: Die Jahresversammlung gibt dem lebhaften Wunsch Ausdruck, daß die von der Reichsregierung aufgeschickte Novelle zur Reichsversicherungsordnung recht bald vom Reichstag verabschiedet wird und die vom Hauptverband der Ortskrankenkassen dazu bestehenden Forderungen berücksichtigt werden.

Es folgten noch ein kurzer Vortrag über die bevorstehende Arbeitslosenversicherung durch den Gewerkschaftsleiter v. Waldhüt und mehrere Beschlüsse und Anträge, worauf die Tagung geschlossen wurde. Dann folgte ein gemeinsames Mittagessen im „Waldhüt“ und eine leider durch Regen beeinträchtigte Besichtigung der Stadt und besonders der neuen Siedlung mit Einwohnern aus Familien- sowie Erwerbslosen in der Gegend. Die Teilnehmer dieser Besichtigung besahen sich außerordentlich befriedigt über alles Gesehene aus. Der Montag brachte eine Fahrt nach Bad Dürrenheim mit Besichtigung der dortigen kaiserlichen Anstalten und Bäder und den Besuch des Kindererholungsheims des Badischen Frauenvereins, des Sanatoriums, der Strichbäder, des kaiserlichen Kinderhospitals usw.

Ausführung des Badischen Landes-Feuerwehr-Verbandes.

Die in Gengenbach abgehaltene Ausführungskommission beschäftigte sich vornehmlich mit Satzungsänderungen. Der § 4 der Landesstatuten lautet in Zukunft: Der Ausführungsrat des Landesverbandes der Badischen Landes-Feuerwehreinheiten und besteht aus den gewählten Vertretern der elf organisierten Kreise des Landes-Feuerwehverbandes und den ersten Kommandanten der Wehren der Städteordnung unterliegenden Städte, in Verbindung mit aus diesen Stellvertretern, soweit sie nicht als Kreisvertreter gewählt sind. Diese Ausführungskommission wählen den Präsidenten des Verbandes und dessen Stellvertreter in geheimer Abstimmung. Ist der gewählte Präsident Kreisvorsitzender, so hat er dieses Amt aufzugeben, und es ist alsbald für den erledigten Kreisvorsitz eine Neuwahl vorzunehmen. Gehört der Präsident einer der Wehren der Städteordnung an, so wählt dessen Stellvertreter Mitglied des Ausführungsrates. Die Kosten der Ausführung der Landesversammlung auf 30 Wg. festgesetzt werden, und zwar vom 1. Januar 1921 ab.

Die gemäß § 11 der landesherrlichen Verordnung vom 9. Februar 1910 und den früheren Bestimmungen bewilligten laufenden und noch während der Unterhaltungen aus der Landes-Feuerwehr-Unterstützungsfälle sollen mit Wirkung vom 1. Juli 1920 an bis auf weiteres vorbehaltlich der Genehmigung durch die Regierung, um weitere 100 v. H., also insgesamt um 150 v. H., erhöht werden. Die Wehr-Aemter und die Fabrikfeuerwehr „Chemische

Werke Gengenach“ wurden in den Landesverband aufgenommen.

Vom Ministerium des Innern ging folgendes Schreiben ein: „An den ergerichteten Modellen und Entwürfen für die Grenzzeichen an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren mußten noch mehrere Änderungen vorgenommen werden. Die endgültige Entscheidung über die vorliegenden Modelle und Entwürfe wird in allerhöchster Zeit fallen und es wird danach die Anfertigung der Grenzzeichen sofort in Auftrag gegeben werden.“

Als nächster Tagungsort wurde Wertheim bestimmt, worauf Präsident Heberle-Heidelberg mit Dankworten an die Wehr von Gengenbach für die freundliche Aufnahme die Ausführungskommission abschloß.

Gerichtssaal.

Karlsruher Schwurgericht.

§§ Karlsruhe, 18. Okt. Das Schwurgericht verhandelte heute gegen die Eisenbahnarbeiterin Frau Karl Speith, Anna Rosa, geb. Traub, und den Hilfsarbeiter Hüpfinger aus Unterröschheim, wohnhaft in Eppingen. Vorsitzender des Gerichtes war Landgerichtsrat Dr. Engler, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Schneider. Verteidiger die Rechtsanwälte: Wangemann und Elbogen. Die Angeklagten waren beschuldigt der gewerkschaftlichen Abtreibung und der Erpressung. Der Speith wurde zur Last gelegt, daß sie im Februar u. im April gegen ein Entgelt von je 500 Mark sich der Abtreibung schuldig gemacht habe. Hüpfinger war beschuldigt, gegen eine Belohnung von je 100 Mark Frauenpersonen der Speith empfohlen zu haben. Außerdem war der Speith beschuldigt, am 30. Oktober 1919 in Karlsruhe gegen ein Verprechen von 600 Mk. sich gegen den Paragraph 218 des Strafgesetzbuches vergangen zu haben. Sie hat jedoch nur 300 Mk. erhalten. Endlich haben die Angeklagten von einer der Frauen unter Androhung der Anzeige im Nichtgehungsfall nachträglich noch eine höhere Entschädigung verlangt. Ehe in die Verhandlung eingetreten wurde, erklärte der Verteidiger des Hüpfinger, Rechtsanwalt Wangemann, daß sein Auftraggeber ein Mitglied des Gerichtes, den Landgerichtsrat Dr. Kölle, wegen Befangenheit ablehne. Die richterlichen Mitglieder des Gerichtes zogen sich da-

rauf zu längerer Beratung zurück und entschieden, daß kein Grund dazu vorliege. Abends um 8 Uhr dauert die Verhandlung noch fort.

Mannheim, 18. Okt. Im Herbst 1918 hatte der Arbeiterrat zu Mannheim erfahren, daß der Fabrikant Louis Böber in Ladenburg Tabak in unerlaubter Weise verarbeitete und diesem Tabak Drogenlaub beimischte. Daraufhin erschienen zwei Vertreter der Beschlagnahme-Kommission des Arbeiterrats bei Böber und beschlagnahmten eine Kiste Tabak. Sie stellten eine Kuitung darüber aus. Später wurden noch zwei Kisten Tabak bei Böber beschlagnahmt. Die Ware wurde nun, statt abgeliefert zu werden, an einen Kaufmann namens Stier verkauft der damit Schleichhandel trieb. Der Erlös mit 4000 Mk. verteilten die Teilnehmer der Beschlagnahme-Kommission unter sich. Sie wurden jetzt von der Strafkammer zu einem Jahr und 9 Monaten und (unter Einrechnung einer früheren Strafe) zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Stier erhielt wegen unerlaubten Tabakhandels eine Geldstrafe von 1000 Mk. Zwei andere, die an dem Tabakhandel beteiligt waren, erhielten Geldstrafen von 1700 Mk. und 1500 Mk.

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

w. Berlin, 18. Okt. Bei Eröffnung der neuen Börsenwoche schien es, als ob einzelnes aus dem Markt herauskommendes Material nachhaltig auf den Kursstand drücken werde. Da es aber glatt aufgenommen wurde und auch sonst die Kaufkraft des Publikums anhielt, wurde der Schwächenfall bald überwunden. Die Tendenz befestigte sich wieder. Die Nachfrage war aber nicht mehr so stürmisch wie in der vorigen Woche. Dementsprechend waren auch die Kursveränderungen geringfügiger. Wobei auch darauf hinzuweisen ist, daß geringe Kursabschläge auf einzelnen Gebieten sich erhielten. Im Mittelpunkt des Interesses stand nach wie vor der Montanmarkt, wo die bekannten Angliederungsbestrebungen, die Interessenkäufe und vereinzelte Abschlüsse, sowie die Erwartung weiterer dem spekulativen Eifer immer von neuem Schwungkraft verlieh. Als lebhaft und wesentlich höher sind besonders zu nennen Gelsenkirchen, Mannesmann, Harpener und Oberschell. Werte und besonders Rhein, Stahl und Phönix. Von den übrigen Marktgebieten sind wesentliche Kursveränderungen nicht zu erwähnen. Mäßige Steigerungen aber in der Mehrzahl. Auslandsdevisen lagen etwas niedriger, und dementsprechend waren auch Auslandsrenten und von diesen besonders Mexikaner abgeschwächt. Am Kassaindustriemarkt hat die Kaufkraft des Publikums noch nicht wesentlich nachgelassen, doch sind die starken Kurssprünge nicht mehr so häufig wie in der Vorwoche. Die Feststellung der Kurse verzögerte sich noch erheblich.

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for 18. Okt. 16. Okt. and various stock symbols like Siemens, AEG, etc.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for 18. Okt. 16. Okt. and various stock symbols like Badische Bank, Darmstadt, etc.

Banken.

Deutsch-Italienische Handels-A.-G. Berlin. Durch die Bankhäuser Arons & Walter in Berlin und Joh. Berenberg, Gossler & Co., Hamburg, unter der Mitwirkung der Mercantile Italiana in Genua ist in Berlin die Deutsch-Ital. Handels-Aktien-Gesellschaft mit einem vollgezählten Aktienkapital von 3 Millionen Mark gegründet worden. Sitz der Gesellschaft ist Berlin, die Errichtung von Zweigniederlassungen ist in Aussicht genommen. Den ersten Aufsichtsrat bilden die Herren Barthold Arons, Berlin, Eugen Schiff, Berlin, Frhr. Cornelius v. Berenberg-Gossler, Hamburg, Principe Ginori-Conti, Florenz, Bankier Dr. Masotti-Biancinelli, Mailand, Dr. Marchese Genua. Alleiniger Vorstand ist Herr Herm. Fiedler in Berlin. Die mitbeteiligte Mercantile Italiana, Sitz in Genua, mit einem Aktienkapital von 18 Millionen Lire, hat Zweigniederlassungen in allen größeren Städten Italiens und Tochtergesellschaften in Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und in verschiedenen östlichen Ländern. Die Mercantile Italiana ist der Handelskonzern der Gruppe Bondi-Mazzotti-Negri, deren Interessen in Italien zu den bedeutendsten gehören. Der Zweck der hier begründeten Gesellschaft ist hauptsächlich der Export und Import zwischen Deutschland und Italien.

Industrien.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Gesellschaft die Erhöhung des Aktienkapitals von 10 Millionen auf 20 Millionen Mark. Der Gegenstand wurde bereits in der ordentlichen Generalversammlung besprochen, soll aber erst in einer demnächst stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung definitiv entschieden werden.

Vom Devisenmarkt.

Table with columns for 18. Okt. 16. Okt. and various exchange rates for cities like Rotterdam, London, New York, etc.

Frankfurt, 18. Okt.

Table with columns for 18. Okt. 16. Okt. and various stock symbols like Anwerpen-Brüssel, Holland, etc.

(Mitgeteilt durch von der Meyer-Kersten's Bank, Amsterdam.)

Guthaben und Besitz Deutscher in Großbritannien.

In der Morgenausgabe mehrerer Tageszeitungen vom 7. Oktober 1920 (z. B. „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 403, „Berliner Börsen-Courier“ Nr. 400, „Berliner Börsenzeitung“ Nr. 451, „Frankfurter Zeitung“ Nr. 744 und „Deutsche Zeitung“) findet sich folgende Notiz über die deutschen Guthaben in England:

Die englische Botschaft teilt amtlich mit: „Am Mittwoch dinsten vorzugeben, wünscht die Königlich Britische Regierung nochmals ausdrücklich bekanntzugeben, daß G u i s h a b e n, welche seit der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Deutschland von deutschen Staatsangehörigen in ersterem eröffnet worden sind, sowie jeder andere Besitz, der von deutschen Staatsangehörigen seit jenem Zeitpunkt dort erworben oder dorthin gebracht worden ist, oder eventuell erworben oder dorthin gebracht wird, der Beschlagnahme oder anderweitiger Benachteiligung unter Paragraphen 3 oder 4 vom Abschnitt X des Friedensvertrages nicht unterliegt. Dies bezieht sich jedoch nicht auf Schulden, welche aus vorkriegszeitlichen Handlungen entstanden sind und an deutsche Staatsangehörige vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages fällig wurden.“

Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes teilt uns dazu mit:

„Die Erklärung der britischen Botschaft bezieht sich lediglich auf die Abschnitte — nicht Paragraphen — 3 und 4 des Teiles X des Versailler Friedensvertrages und bringt somit nur zum Ausdruck, daß die nach Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland in England begründeten Guthaben und Depots weder dem Ausgleichsverfahren nach Art. 290 noch der Zurückbehaltung oder Liquidation nach Art. 297 des Friedensvertrages unterworfen sind.“

Diese Bestimmungen haben auch auf deutscher Seite bisher stets die gleiche Auslegung gefunden, dagegen zeigte sich die deutsche Geschäftswelt mit Recht durch die sogenannte Repressalien-Klausel in § 18 der Anlage II hinter Art. 244 im Teil IX des Friedensvertrages benutzend, die lautet:

„Die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorläufig seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind, und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können sein: wirtschaftliche und finanzielle Sperren und Vergeltungsmaßnahmen, überhaupt solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten.“

Ungeachtet der aufrichtigen Anstrengungen Deutschlands zur Erfüllung der ihm durch den Versailler Vertrag auferlegten Pflichten läßt sich nicht übersehen, welche Fälle die Entente oder eine der alliierten oder assoziierten Mächte ihrerseits als eine „vorläufige Nichterfüllung“ des Friedensvertrages ansieht, und demgemäß zu allen für wirksam erscheinenden Zwangsmaßnahmen greift.“

Der Board of Trade, der von englischen Firmen um Stellungnahme gebeten war, hatte sich in ähnlichem Sinne wie jetzt die britische Botschaft ausgesprochen, aber auf eine Nachfrage hin ausdrücklich auf die für den Fall einer „vorläufigen Nichterfüllung“ der Vertragspflichten vorgesehenen Bestimmungen des § 18 der Anlage II hinter Art. 244 F.V. mit dem Bemerkten hingewiesen, daß sich seine frühere Erklärung auf diese problematische Frage nicht bezogen habe.

Unter diesen Umständen erscheint es begreiflich, wenn die deutsche Geschäftswelt ängstigt, größere Guthaben und Depots in England oder einem der anderen ehemals feindseligen Länder zu begründen, so lange nicht — angesichts der völkerrechtlichen Bedeutung der erwähnten Bestimmung des Friedensvertrages — die betreffende Regierung in rechtlich bindender Form erklärt hat, daß die neu begründeten deutschen Guthaben und Depots, wie sonstige neu erworbene Eigentum, etwaigen Maßnahmen aus § 18 Anlage II hinter Art. 244 F.V. nicht unterworfen sind.

Dem Vernehmen nach schweben Verhandlungen, die darauf abzielen, die beteiligte Regierung zu einer erneuten Prüfung dieser wichtigen Frage zu bestimmen. So lange indessen die Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt haben, wird die Angelegenheit nicht als geklärt betrachtet werden können.“

(Mitgeteilt durch von der Meyer-Kersten's Bank, Amsterdam.)

